

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 2,50 M. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrunner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Mühlischen Platz 2.

Inserte für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 1,50 M.
Arbeitervermittlungen 75 Pf.
Verbandsangelegen 50 Pf.

Friede!

Der lang ersehnte Friede ist wiedergekehrt, die Nationalversammlung hat beschlossen, das Friedensdiktat der Entente anzunehmen, und die Unterzeichnung ist inzwischen vollzogen worden.

Es herrscht wieder Friede auf Erden, aber wir können diesen Friedens nicht froh werden. Das ist nicht das Ende des Völkermordens, wie wir es gewünscht haben und wie es von allen ehrlichen Friedensfreunden angestrebt wurde. Es sollte ein Friede werden ohne Sieger und Besiegte. Die von ihren Tyrannen befreiten Völker sollten in gemeinsamer Arbeit daran gehen, die schmerzenden Wunden des grausamen Ringens zu heilen. In neuer, schönerer Gestalt sollte die verwüstete Erde entstehen. Ein ewiger Bund sollte die Nationen umschlingen, die nun in friedlichem Wettstreit darangehen sollten, ihren Kulturstand zu heben und die Erde für alle Menschen wohnlich zu gestalten. Elend und Ausbeutung sollten für immer von der Welt verschwinden, ein wahrer Bund der Völker sollte entstehen, in dem alle Glieder gleichberechtigt sind.

Wie weit ist der nun abgeschlossene Friede von diesem Idealzustand entfernt! Ein Bund der Nationen ist durch den Frieden von Versailles ins Leben gerufen, aber es ist die fragwürdige Karikatur eines Völkerbundes. Am ehesten ist er der Heiligen Allianz zu vergleichen, die vor hundert Jahren von den europäischen Fürsten ins Leben gerufen wurde, um die Völker um die Erzeugnisse der Befreiungskriege zu betrüben und sie in dauernder Knechtschaft zu erhalten. Die Machthaber der Entente, die augenblicklichen Herren der Welt, verfolgen das deutsche Volk mit ihrem grimmigen Haß. Ob sie sich dabei im Einverständnis mit der Mehrheit ihrer eigenen Volksgenossen befinden, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls befinden sie sich im unbestrittenen Besitz der Macht, und sie machen davon einen rücksichtslosen Gebrauch, um ihren Nachdruck zu kühlen.

Man betrachtet Clemenceau, den leitenden französischen Minister, als die Seele der Orgie des Hasses, die sich in diesem Friedensvertrag austobt. Vielleicht nicht mit Unrecht, aber die schlimmste Rolle in diesem widerwärtigen Spiel hat doch Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten, übernommen. Wie ist sein Mund übergeflossen von reiner Menschlichkeit und dem Durst nach Gerechtigkeit. Wie salbungsvoll klangen seine Reden, wie gerecht die berühmten 14 Punkte, die den Inhalt des abzuschließenden Friedens bilden sollten. Und Wilson hatte die Macht, seinem Willen im Rat der Entente Geltung zu verschaffen. War es doch allein die finanzielle und militärische Hilfe Amerikas, die der Entente den Sieg brachte. Der Friede von Versailles enthält die ungeheure Ungeheuerlichkeit des amerikanischen Präsidenten, die Wilsons Namen für immer der Verachtung preisgeben wird.

Der furchtbare Inhalt des Friedensvertrags hat bewirkt, daß die Meinungen darüber, ob dieses Dokument unterschrieben werden soll oder nicht, in Deutschland sehr weit auseinandergingen. In der Tat war die Entscheidung ungeheuer schwer: befand sich doch Deutschland in der Lage des Huhns, dem der freundliche Koch die Wahl läßt, ob es gekocht oder gebraten werden will. Für die Unterzeichnung des Vertrags haben sich von vornherein nur die Führer der Unabhängigen erklärt. Ihnen hat man deshalb den Vorwurf gemacht, daß sie die Stellung der deutschen Unterhändler, die auf eine Abmilderung des Vertrags hinarbeiteten, erschwert hätten. Ob eine solche Erschwerung tatsächlich eingetreten ist, läßt sich nicht ohne weiteres beurteilen. Die Häupter der Entente hatten von vornherein alle Stimpfe in den Händen, und sie waren entschlossen, nicht nur jede mündliche Verhandlung abzulehnen, sondern auch keine nennenswerten sachlichen Zugeständnisse zu machen. Als die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen war, wurde die Situation kritisch. Die Frist, die für die Annahme der Bedingungen gestellt war, war äußerst knapp bemessen; die Truppen der Entente standen bereit, unmittelbar nach Ablauf der Frist den Vormarsch in Deutschland zu beginnen. Daß gleichzeitig die Hungerblockade in verstärktem Maße zur Anwendung gebracht werden würde, war klar.

In dieser ungeheuer schwierigen Lage waren die Regierung und die Parteien uneinig. Die extremen Parteien links und rechts, die keine Verantwortung zu tragen haben, hatten es natürlich leicht, in ihren Fraktionen Uebereinstimmung herbeizuführen. Ebenso wie die Unabhängigen für das Unterzeichnen, allerdings durch die andern, waren, erklärten sich die Konservativen, also die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, gegen die Anerkennung des Vertrages. In den Mehrheitsparteien, also bei den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten, waren die Meinungen geteilt. Schließlich erklärten sich die Demokraten in ihrer großen Mehrheit gegen das Unterzeichnen, während im Zentrum und bei den Sozialdemokraten eine Mehrheit dafür zustande kam, der sich die unterlegene Minderheit schließlich fügte. Mit dieser Stellungnahme der Mehrheitsparteien war die Regierung gesprengt. Der Ministerpräsident Scheidemann, der sich persönlich für die Nichtunterzeichnung ausgesprochen hatte, mußte, da sich seine Partei anders entschieden hatte, zurücktreten. Zugleich traten, dem Votum ihrer Partei folgend, die demokratischen Minister aus der Regierung aus. Es mußte eine Regierung aus Sozialdemokraten und Zentrum gebildet werden, denn nur eine solche konnte in der Nationalversammlung auf eine Mehrheit rechnen.

Die schwierigen Verhandlungen über die Bildung eines neuen Ministeriums mußten gewissermaßen mit der Uhr in der Hand geführt werden; am Montag, dem 23. Juni, abends 7 Uhr, sollte der Waffenstillstand ablaufen, die Feindseligkeiten seitens der Entente wieder eröffnet werden, wenn bis dahin nicht die Bereitwilligkeit der Volksvertretung zur Leistung der Unterschrift erklärt war. In dieser kritischen Zeit sprang Gustav Bauer, der seitherige Arbeitsminister und frühere zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, in die Bresche. Er übernahm das dornenwolle Amt des Ministerpräsidenten und bildete aus Sozialdemokraten und Zentrumsmitgliedern die Regierung, die bereit war, die Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Am Sonntag, dem 22. Juni, fand die Sitzung der Nationalversammlung statt, welche die erforderliche Vollmacht erteilte.

Da gab es eine neue Schwierigkeit. Auf Betreiben des Zentrums sollten bei der Leistung der Unterschrift zwei Vorbehalte gemacht werden. Der eine gegen das in dem Friedensvertrag enthaltene unwahre Bekenntnis, daß Deutschland allein die Schuld am Krieg trage, der andere gegen das Verlangen, die Schuldigen auszuliefern, damit sie vor einem von den Feinden ernannten Gerichtshof gestellt werden. Angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die uns durch den Friedensvertrag zu-

Mit dieser Nummer unserer Zeitung erhalten die Mitglieder den Aufruf zur Urabstimmung über den Beschluß des Verbandstages zu der Erhöhung der Wochenbeiträge und der Streikunterstützung. + Der dem Aufruf angehängte Stimmzettel muß spätestens am 21. Juli an die Ortsverwaltung zurückgegeben werden. + Im Falle der Annahme soll die Beitragserhöhung und gleichzeitig auch die erhöhte Streikunterstützung am 1. September in Kraft treten. ++

gemutet werden, hätte man es sich ruhig denken können, gegen diese sogenannten Ehrenpunkte besonders zu protestieren. Dieser Protest hätte auch nur eine neue Demütigung zur Folge. Die Entente lehnte die Annahme des Vorbehalts ab und verlangte, ohne die gestellte Frist zu verlängern, die bedingungslose Annahme des Vertrags. Eine schleunigst einberufene Sitzung der Nationalversammlung bestätigte der Regierung auch, wenige Stunden vor Ablauf der Frist, daß sie berechtigt sei, den Vertrag ohne Vorbehalt zu unterzeichnen.

Der Friede, der nun geschlossen ist, ist für Deutschland ein Friede der Vernichtung. Im Osten und im Westen werden Teile vom Deutschen Reich gerissen und Millionen Deutscher, die an ihrem deutschen Volkstum hängen, werden der Fremdherrschaft überantwortet. Wertvolle Lagerstätten von Erz und Kohle werden uns genommen, und aus den bei Deutschland verbleibenden Kohlengruben müssen so große Teile der Erzeugung der feindlichen Länder geliefert werden, daß der verbleibende Rest den Bedarf unserer Industrie nicht decken kann. Dabei soll Deutschland ungeheure Summen, deren Höhe aber noch gar nicht endgültig festgesetzt ist, an Kriegskosten zahlen. Für diese Zahlung hatten sämtliche Einnahmen Deutschlands und seiner Gliedstaaten, und sie haben den Vorrang vor den Ausgaben für den eigenen Bedarf. Im einzelnen bestimmt darüber die Reparationskommission, die ihren Sitz in Paris hat. Wie es mit der Fürsorge für unsere eigenen Kriegsgesunden und Verletzten und die Hinterbliebenen der Getöteten aussehen wird, ob es möglich sein wird, die soziale Versicherung aufrechtzuerhalten? Das alles sind Fragen, auf die sich im Augenblick noch keine Antwort geben läßt.

Trübe und dunkel liegt Deutschlands Zukunft vor uns. Der Friedensvertrag kann nicht eingehalten werden; damit hat sich die Entente die Möglichkeit vorbehalten, immer neue Bosheiten gegen uns zu erfinden, um sie als Strafen für angebliche Vertragsverletzungen gegen uns zu verhängen. Dieser Friedensvertrag kann der Welt keinen Frieden bringen, er muß immer neue Beunruhigungen hervorrufen. In der deutschen Arbeiterchaft ist der Glaube an die kommende Weltrevolution verbreitet, an die Revolution in den Ententeländern, welche die Regierung der Kapitalisten wegsetzt und den unmöglichen Friedensvertrag in den Abgrund schleudert. Dieser Glaube verrät einen starken Optimismus; wir möchten aber, so sehr wir auch einen Ausweg aus unserer fast hoffnungslosen Lage herbeiwünschen, doch Zweifel dazwischen setzen, daß die Nachrichten, die aus den Ententeländern zu uns dringen, so gedeutet werden dürfen, als ob sie den nahen Ausbruch der Weltrevolution ankündigen.

Näher scheint die Möglichkeit zu liegen, daß uns die nächste Zeit neue konvulsive Zustände im Inland bringt. Aus verschiedenen Großstädten werden Lebensmittelkrawalle gemeldet, für die keine Partei verantwortlich gemacht werden kann, die aber den Anschein erwecken, als seien sie von unbekannten Drahtziehern zu bestimmten Zwecken provoziert. In recht verdächtiger Weise regen sich die alten reaktionären Mächte wieder. Die Uneinigkeit der Arbeiterchaft, die Selbstzerfleischung des Proletariats macht ihnen

Mut; es hat den Anschein, als erachteten sie ihre Zeit wieder für gekommen. Hier gilt es, wachsam zu sein und nicht durch Schürung des Bruderkrieges den Volksfeinden in die Hände zu arbeiten.

Schwer lasten die vernichtenden Friedensbedingungen auf dem deutschen Volk. Noch haben wir sie nicht in ihrer vollen furchtbaren Bedeutung erfasst, wie werden sie aber nur zu bald peinvoll zu spüren bekommen. Der Friedensvertrag von Versailles bringt der Welt nicht den ersehnten Frieden, er ist einer unheilswangeren Wetterwolke vergleichbar, die über Europa lagert. Eine große Verantwortung bildet die kommende Zeit der deutschen Arbeiterchaft auf. Es gilt, kaltes Blut zu bewahren und den Dingen ruhig ins Auge zu sehen. Weder dürfen wir uns von der schweren Last niederdrücken lassen, noch darf uns die Verzweiflung zu unüberlegten Taten hinreißen. Mut und Selbstvertrauen müssen wir uns bewahren; sie werden uns die Kraft geben zur Lösung der schweren Aufgaben, die unser harren.

Urabstimmung!

Im Dezember 1917 hat zum letzten Male in unserm Verband eine Urabstimmung stattgefunden. Die Mitglieder wurden beauftragt, zur vorgeschlagenen Aenderung des Beitrags- und der Streikunterstützung Stellung zu nehmen. Mit großer Mehrheit wurden die von der Reichskonferenz der Städtevertreter formulierten Bestimmungen gutgeheißen, und die beschlossene Neuordnung ist seit Beginn des Jahres 1918 in Kraft. Seitdem haben wir im Verband sechs Beitragsklassen. Die Lokalbeiträge, die früher unser Beitragswesen sehr buntschichtig gemacht hatten, sind fortgefallen, und mit der Erhöhung der Wochenbeiträge haben die Sätze unserer verschiedenen Unter-
stützungseinrichtungen eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Die Annahme, daß die neuen Einrichtungen längeren Bestand haben würden, hat sich nicht bestätigt. Die fortschreitende Entwertung des Geldes weckte das Bedürfnis nach einer Steigerung der Unterstütlungssätze. Bei der Arbeitslosenunterstützung war das Bedürfnis weniger dringend, da die aus öffentlichen Mitteln gewährte Erwerbslosenunterstützung die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge mehr in den Hintergrund treten läßt. Um so unangenehmer wurde die Geringfügigkeit der Streikunterstützung empfunden. Seitdem diese Sätze beschlossen wurden, sind wiederholt erhebliche Lohnsteigerungen durchgesetzt worden. Dadurch wurde der Unterschied zwischen Lohn und Streikunterstützung immer größer. Die gewaltig gestiegene Zahl der von unsern Kollegen geführten Lohnkämpfe bewirkte, daß die Unzulänglichkeit der Streikunterstützung zahlreichem Mitgliedern unmittelbar zum Bewußtsein kam. So erklärte es sich, daß auf dem Verbandstag eine Reihe von Anträgen vorlag, die eine starke Erhöhung der Streikunterstützung verlangten.

Die Kommission zur Vorberatung der Anträge hat die Stimmung der Kollegenschaft richtig erfasst. Ihre Vorschläge fanden auf dem Verbandstag kaum Widerspruch. Der Berichterstatter der Kommission empfahl, alle sonstigen Unter-
stützungseinrichtungen unverändert zu lassen, nur allein die Sätze der Streik- und Gewerkschaften-
unterstützung sollen eine Erhöhung erfahren, die jedoch sehr beträchtlich sein muß. Die vorgeschlagenen neuen Sätze bedeuten eine Erhöhung um durchschnittlich 50 bis 70 Prozent. Um aber diese erhöhte Unterstütlung gewährleisten zu können, ist eine Erhöhung des Beitrags unvermeidlich. Es soll also künftig der Wochenbeitrag in den sechs Beitragsklassen betragen: 180, 150, 120, 100, 75 und 50 Pf. Das bedeutet eine Beitragserhöhung um 20 bis 25 Prozent.

Der Verbandstag, auf dem im übrigen die Gegen-
sätze recht stark zum Ausdruck kamen, war in dieser Frage einmütig. Mit allen gegen drei Stimmen wurde der Vorschlag der Kommission angenommen, und alleseitig war das Verlangen, die Neueinrichtung möglichst schnell in Kraft treten zu lassen. Nur der Wunsch, das der Gesamtheit der Mitglieder im Verbandsstatut gewährleistete Recht, die Höhe des Beitrags zu bestimmen, unangefastet zu lassen, bewog den Verbandstag, die Erhöhung der Beiträge und der Unterstütlungen nicht schon am 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Eine Erhöhung des ordentlichen Verbandsbeitrags kann nur durch Urabstimmung beschlossen werden, heißt es im § 12 des Verbandsstatuts, und dieser Bestimmung sollte Rechnung getragen werden. Deshalb wurde der Verbandsvorstand beauftragt, die Urabstimmung möglichst schnell in die Wege zu leiten, damit die neuen Bestimmungen an dem frühestmöglichen Termin, am 1. September, in Kraft treten können.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die zur Urabstimmung gestellte Frage mit großer Mehrheit von den Mitgliedern bejaht werden wird. Wir können deshalb auch darauf verzichten, die Notwendigkeit der Erhöhung der Wochenbeiträge und der Streikunterstützung nachzuweisen. Nicht nur die zahlreichen Kollegen, die in der letzten Zeit genötigt waren, die Arbeit einzustellen, um sich die notwendige Erhöhung des Lohns zu erkämpfen, wissen, daß die seitherigen Unterstütlungssätze völlig ungenügend sind, um auch nur die allerbescheidenste Lebenshaltung zu ermöglichen. Das wird auch von denen erkannt, die die Probe noch nicht zu machen brauchten, aber bei der Unsicherheit der Verhältnisse jederzeit in diese Lage kommen können. Die Unterstütlung kann aber nur erhöht werden bei gleichzeitiger Erhöhung der

Anzeigen der Zahlstellen

Müssen die Kollegen, welche noch Forderungen an die Firma ... Die Kolonialverwaltung. ... Die Kolonialverwaltung.

Mehrere tüchtige Schreiner, ein selbständiger und erfahrener ... Tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung. ... Tüchtige Tischler u. Stuhlbauer gesucht.

Mehrere Stellmacher für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. ... Tüchtiger Korbmacher auf Mattarbeit. ... Tüchtiger Korbmacher auf Mattarbeit.

Ährne Intarsien-Holzleinen für Möbel ... Patent ... Werkzeug-Neuheiten ... Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen ... Eiserne Ziehklagen-Hobel ... Tischler-Fachschule Ilmenau i. Thür. ... Tischler-Fachschule Detmold ... Tischlerschule Blankenburg (Harz) ... Technik des Stellmachers. ... Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. ... Fachblatt für Holzarbeiter ... Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Arbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, etc.